



**II-13816** der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH  
DER BUNDESMINISTER FÜR  
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
MAG. VIKTOR KLIMA

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2  
Tel. (0222) 711 62-9100  
Teletex (232) 3221155  
Telex 61 3221155  
Telefax (0222) 713 78 76  
DVR: 009 02 04

Pr.Zl. 19.007/4-4-94

**ANFRAGEBEANTWORTUNG**

betreffend die schriftliche Anfrage der Abg.  
Tichy-Schreder und Kollegen vom 7. April 1994,  
Zl. 6403/J-NR/1994, "die Situation der Post im  
23. Wiener Gemeindebezirk"

6329/AB

1994-06-07

zu 6403/J

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:

"Ist Ihnen bekannt, daß es bei den Postzustellungen im 23. Wiener Gemeindebezirk laufend zu gravierenden Verzögerungen kommt?"

- a) Wenn nein: Wie erklären Sie sich dann die sich diesbezüglich häufenden Klagen der Bewohner des 23. Wiener Gemeindebezirks?  
b) Wenn ja: Welche Maßnahmen sind geplant, um das Problem der verlangsamten Postzustellung im 23. Wiener Gemeindebezirk einer Lösung zuzuführen?"

Weder vermehrte Kundenbeschwerden noch stichprobenweise durchgeführte Laufzeitkontrollen lassen - wie mir die Post berichtet - darauf schließen, daß die Qualität der Postzustellung im Bereich des 23. Wiener Gemeindebezirkes schlechter ist, als in anderen Bereichen Wiens.

Es ist jedoch richtig, daß sich die täglichen Zustellzeiten infolge der nicht zuletzt im Hinblick auf eine Beschleunigung der Laufzeiten erfolgten Zentralisierung der Zustellung - bis September 1992 gab es vier Zustellpostämter im Bezirk - und den daraus resultierenden Rayonsumstellungen verschoben haben; von einer verlangsamten Postzustellung kann dennoch nicht gesprochen werden. Durch optimale Abläufe bei der Postbearbeitung wird erreicht, daß regelmäßig alle einlangenden Postsendungen - sofern nicht von den rechtlich zulässigen Rückstellungsmöglichkeiten für Massensendungen und Monatsschriften Gebrauch

- 2 -

gemacht werden muß - noch am selben Tag zugestellt werden. Bei täglich etwa 130.000 beanschriftet einlangenden Sendungen lassen sich aber einzelne Fehlleistungen leider nie ganz vermeiden. Um Beschwerden konkret nachgehen zu können, müßten nähere Details der beklagten Umstände mitgeteilt werden.

Zu Frage 2:

"Wie gestaltet sich der Vergleich der Postinfrastruktur des 23. Wiener Gemeindebezirks mit jener der anderen Wiener Gemeindebezirke?"

Ein Vergleich markanter Postinfrastrukturdaten von einigen Wiener Gemeindebezirken mit denen des 23. Bezirkes läßt dessen gute postalische Versorgung erkennen.

Gemeindebezirk	Abgabestellen	Postämter
10.	88.680	8
12.	50.000	7
13.	30.730	4
21.	67.260	8
22.	56.530	9
23.	44.230	(derzeit) 8

- 3 -

Um den Bedürfnissen der Industrie und Gewerbebetriebe im Bereich Inzersdorf noch besser entsprechen zu können, ist die Errichtung eines weiteren Postamtes im Bezirk (das bereits neunte!) mit der amtlichen Bezeichnung 1239 Wien im Gange.

Zu den Fragen 3 und 4:

- "a) Welche Investitionen wurden für die Postinfrastruktur des 23. Wiener Gemeindebezirks während der letzten fünf Jahre gesetzt?
- b) Wieviel Geld wurde für diese Maßnahmen aufgewendet?
- c) Welcher Prozentsatz an allen in Wien in diesem 5-Jahres-Zeitraum getätigten Postinfrastrukturinvestitionen entfällt somit auf den 23. Wiener Gemeindebezirk?

Welche Infrastrukturmaßnahmen sind im Postbereich des 23. Wiener Gemeindebezirks für heuer und 1995 geplant? Welches Budget ist mit diesen projektierten Aktivitäten in Verbindung zu setzen?"

An Maßnahmen für die Postinfrastruktur in den letzten fünf Jahren in Wien 23 sind der Neubau des zentralen Zustellpostamtes 1230 Wien, die Verlegung (mit Umbau) des Postamtes 1236 Wien und die Errichtung eines Provisoriums für die Zusteller des Postamtes 1232 Wien zu nennen.

Die dafür getätigten Aufwendungen in Umfang von rd. 135 Mio. S entsprechen einem Anteil von rd. 14 % an den in Wien auf diesem Gebiet insgesamt getätigten Investitionen (rd. 960 Mio. S).

Für 1994 und 1995 sind der Neubau des Postamtes 1238 Wien und 1239 Wien mit einem Aufwand von insgesamt rd. 30 Mio. S vorgesehen.

Wien, am 6. Juni 1994

Der Bundesminister

